

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort	VII
Autorenverzeichnis	XXI

Teil 1 Einleitung

Kapitel 1 Nachhaltigkeit im Wandel	1
Kapitel 2 Nachhaltigkeit als (Regulierungs-)Konzept im Bankensektor	
I. Einleitung	6
II. Nachhaltigkeit in der Finanzmarktregulierung	6
1. Entwicklung der Nachhaltigkeitsdebatte	6
2. Bestandsaufnahme: Rechtliches Rahmenwerk im Bankensektor	9
a) Nachhaltigkeitsberichterstattung	10
aa) Allgemeine Standards	10
(1) UN Global Compact	11
(2) GRI-Leitlinien	11
(3) OECD-Leitsätze	11
(4) EU CSR-Richtlinie	12
(5) Deutscher Nachhaltigkeitskodex	13
bb) Finanzspezifische Standards	13
(1) UN Environment Programme Finance Initiative	14
(2) Äquator-Prinzipien	14
(3) Financial Services Sector Supplements zu den GRI-Leitlinien	14
(4) Rechnungslegungsstandards	14
cc) Zwischenergebnis	15
b) Nachhaltiges Investment	15
c) Schaffung von Finanzstabilität	17
aa) Ratingverordnung	18
bb) MiFID 2/MiFIR	19
cc) Bankenunion	19
dd) Verbraucherschutz	20
ee) Eigenkapital und Vergütung	20
ff) Corporate Governance	21
gg) Zwischenergebnis	23
d) Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und überschießende Umsetzung von Nachhaltigkeit in Banken	24
3. Nachhaltigkeit im Bankensektor als eigenständiges Regulierungskonzept?	25
	IX

	Seite
III. Umsetzung eines Nachhaltigkeitskonzeptes in der Bank	27
1. Grundlagen und Inhalte von Nachhaltigkeitskonzepten.	28
a) Grundlagen und deren Einordnung in Nachhaltigkeitskonzepte	28
aa) Rechtliche Vorgaben	28
bb) Unverbindliche Standards	28
cc) Gesellschaftliche Stellung der Bank	29
b) Inhalte von Nachhaltigkeitskonzepten.	30
aa) Betriebsökologie	30
bb) Personal.	30
cc) Gesellschaftliches Engagement.	31
dd) Interessengruppen	31
(1) Kulturwandel	31
(2) Transparenz und Kontrolle.	32
(3) Geschäftsaktivitäten.	32
2. Organisatorische Umsetzung und Einbeziehung der Geschäftsbereiche	34
IV. Zusammenfassung und Bewertung	36

Teil 2
Die stabilitätswahrende Wirkung von Nachhaltigkeit aus der Innenperspektive von Banken

Kapitel 3 Sicherung der Funktionserbringung von nicht regulierten Aktiengesellschaften und Kreditinstituten durch Corporate Governance

I. Einleitung	40
II. Vom Gesetzgeber vorgegebene Anforderungen an die Geschäftsleiter bei nicht regulierten Aktiengesellschaften und Kreditinstituten	44
1. Bestellungs Voraussetzungen für Vorstandmitglieder.	44
a) Vorgaben für Aktiengesellschaften im Allgemeinen	44
b) Besonderheiten bei Kreditinstituten	46
aa) Anforderungen an die persönliche und fachliche Eignung von Geschäftsleitern	46
bb) Anforderungen an die zeitliche Verfügbarkeit	48
cc) Begrenzung der Zahl der Leitungs- und Aufsichtsmandate	49
2. Organisationsregelungen	51
a) Vorgaben für Aktiengesellschaften im Allgemeinen	52
b) Besonderheiten bei Kreditinstituten	54

	Seite
3. Haftungsregime und Abberufung für Vorstandsmitglieder	56
a) Haftung und Abberufung von Vorständen im Allgemeinen . . .	56
aa) Haftung gegenüber der Gesellschaft	56
bb) Haftung gegenüber Aktionären und sonstigen Dritten . . .	57
cc) Abberufung des Vorstandsmitglieds und strafrechtliche Konsequenzen	59
b) Besonderheiten bei der Haftung von Geschäftsleitern von Kreditinstituten	60
III. Anforderungen an die Aufsichtsgremien	60
1. Bestellungs Voraussetzungen für Aufsichtsratsmitglieder	60
a) Vorgaben für Aktiengesellschaften im Allgemeinen	60
aa) Unvereinbarkeit und Bestellungshindernisse	60
bb) Fachliche Qualifikation	63
b) Besonderheiten bei Kreditinstituten	64
2. Einrichtung von Aufsichtsratsausschüssen	66
a) Vorgaben für Aktiengesellschaften im Allgemeinen	66
b) Besonderheiten bei Kreditinstituten	68
3. Haftungsregime und Abberufung für Aufsichtsrats- mitglieder	69
a) Vorgaben für Aktiengesellschaften im Allgemeinen	69
b) Besonderheiten bei Kreditinstituten	70
IV. Angemessenheit der Vergütung der Geschäftsleitung	70
1. Vorgaben für Aktiengesellschaften im Allgemeinen	70
2. Besonderheiten bei Kreditinstituten	71
V. Fazit	72
 Kapitel 4 Nachhaltige Governance Prozesse in Banken	
I. Einleitung	75
II. Robuste Governance Unternehmensstruktur als Grundlage für nachhaltige Prozesse	78
1. Zwingende aufsichtsrechtliche organisatorische Vorgaben	79
2. Organisatorische Gestaltungsfreiräume	80
a) Duty Approach	81
b) Three Lines of Defense	82
3. Nachhaltige Prozesse	84
III. Vermeidung von Formalismus und Komplexität	86
IV. Zusammenfassung	87

Kapitel 5 Nachhaltigkeit der materiellen Anforderungen an regulatorisches Eigenkapital von Kreditinstituten nach der CRR	
I. Einleitung	89
II. Eigenkapitalpositionen des Kreditinstituts nach der CRR.	91
III. Stabilität durch Langfristigkeit	92
1. Keine Laufzeitbefristung und eingeschränkte Kündigungs- optionen	92
2. Flexibilität durch außerordentliche Kündigungsrechte des Instituts	93
3. Tatsächliche Nachhaltigkeit als Voraussetzung für die Erlaubnis zur Rückzahlung?	94
a) Ersetzung des Kapitals bei nachhaltiger Ertragslage	94
b) Solide Kapitalausstattung	95
IV. Stabilität durch Verlustabsorption	96
1. Hartes Kernkapital	96
2. Zusätzliches Kernkapital	96
a) Verlustbeteiligung bei Auslöseereignis.	96
b) Die Varianten der „Verlustbeteiligung“ bei zusätzlichem Kernkapital	97
V. Wiederschreibung als Ergebnis einer erfolgreichen Selbstregeneration	98
VI. Erhaltung der Stabilität durch Flexibilität bei Ausschüttungen	99
VII. Nachrangigkeit der Eigenmittelinstrumente	100
VIII. Kapitalabzugsposition	101
IX. Fazit.	103
Kapitel 6 Nachhaltige Vergütungspolitik	
I. Einleitung	106
II. Vergütungsregeln im Finanzdienstleistungssektor	108
1. Finanzbranchenübergreifender Ansatz	109
2. Banken und Wertpapierfirmen	110
3. Investmentfonds.	114
4. Versicherungen.	115

	Seite
III. Das Nachhaltigkeitskonzept der Vergütungsregeln	116
1. Individualebene: Verhaltenssteuerung	118
a) Erkannte Defizite und Instrumentalisierung	118
b) Vergütungsvorgaben im Einzelnen	119
aa) Verhältnis zwischen fester und variabler Vergütung	121
bb) Allgemeine Risikoorientierung der variablen Vergütung	122
cc) Besondere Risikoorientierung der variablen Vergütung	123
(1) Zurückbehaltung von variablen Vergütungs-	
bestandteilen	127
(2) Vergütung in Form von Instrumenten	127
(3) Explizite ex-post Risikoadjustierung	129
2. Unternehmensebene: Eigenmittel- und	
Liquiditätsanforderungen	130
IV. Beitrag zu einer nachhaltigen Unternehmensführung	132

Teil 3

Die Schaffung von nachhaltigen Bankenstrukturen zur Abwendung von Insolvenz

Kapitel 7 Strukturreform im Finanzsektor – Das Trennbanken-	
gesetz als untauglicher Versuch der Verwirklichung von	
Nachhaltigkeitszielen im Aufsichtsrecht	
I. Nachhaltigkeitsziele und Bankenstrukturreform	139
II. Liikanen, Volcker, Vickers und ein deutsches Destillat.	141
III. Die verbotenen Geschäfte.	147
1. Generell abzusplattende Eigengeschäfte und Formen des	
Eigenhandels, § 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 3 KWG.	148
a) Erfasste Handelsaktivitäten	148
b) Implizite Ausnahme für Market Making	149
2. Untersagte Kredit- und Garantiegeschäfte,	
§ 3 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 KWG	151
a) Anwendungsbereich und Normzweck	151
b) Unzulänglichkeiten der Regelung im KWG	152
3. Vom Verbot ausgenommene Geschäfte, § 3 Abs. 2	
Satz 3 KWG.	154
4. Zwischenfazit.	156
IV. Das Finanzhandelsinstitut und seine Finanzierung	157

	Seite
V. Gesellschaftsrechtliche Umsetzung	159
VI. Fazit	160
 Kapitel 8 Anreizwirkungen und Abwicklungsfähigkeit nach der BRRD	
I. Einführung	165
II. Unbewältigte Verfahrenshürden und das Ziel nachhaltiger „Abwicklungsfähigkeit“	169
1. Insolvenzspezifische Probleme (insbesondere) in Gruppenlagen	169
2. Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Verfahrenskoordination ex ante	173
a) Überblick	173
b) Der Verfahrensrahmen	173
c) Grundkonstellationen von Abwicklungsstrategien	176
3. Folgerungen: Funktion und Anforderungsprofil von Sanierungs- und Abwicklungsplänen	178
III. Vorgaben und Verfahren für die Sanierungs- und Abwicklungsplanung nach BRRD und SRM-Verordnung	181
1. Überblick	181
2. Sanierungsplanung	184
a) Pflicht zur Planaufstellung und inhaltliche Vorgaben	184
b) Aufsichtskompetenzen bei Sanierungshindernissen	187
3. Abwicklungsplanung und Abwicklungsfähigkeit	189
a) Pflicht zur Planaufstellung und inhaltliche Vorgaben	189
b) Kompetenzen der Abwicklungsbehörden bei Abwicklungshindernissen	190
IV. Perspektiven für die Weiterentwicklung: nachhaltige Neugestaltung des Finanzwesens durch Sanierungs- und Abwicklungsplanung?	192
1. Zusammenschau und Bewertung	192
2. Folgerungen	193
3. Ausblick	194
V. Fazit	196

Kapitel 9 Das neue Sonderrecht für die Sanierung und Abwicklung von (Groß-)Banken: Der Weg zu mehr Nachhaltigkeit im Bankensektor (?)	
I. Einleitung	199
II. Das Bankensanierungs- und -abwicklungsrecht jenseits BRRD/SAG und SRM-VO	203
1. Das allgemeine (Banken-)Insolvenzrecht	203
2. Das Restrukturierungsgesetz.	205
a) Das KredReorgG	206
aa) Sanierungsverfahren.	207
bb) Reorganisationsverfahren	208
b) Bewertung im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte.	210
III. Das europäische Sonderrecht für die Sanierung und Abwicklung von Banken und seine Umsetzung in Deutschland: BRRD und SAG	212
1. Sanierungs- und Abwicklungsplanung sowie Frühinterventionsmaßnahmen nach BRRD und SAG.	212
2. Das Sonderrecht für die Abwicklung systemrelevanter Banken nach BRRD und SAG	213
a) Das Bail-in-Instrument.	215
aa) Generelle Abwicklungsvoraussetzungen als Voraussetzungen für den Bail-in	215
bb) Funktionsweise des Bail-ins	216
b) Sonstige Abwicklungsmaßnahmen (§§ 107 ff., 128 ff. SAG)	218
c) Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen der handelnden Behörden	218
3. Bewertung im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte.	219
IV. Das einheitliche europäische Sonderabwicklungsrecht für systemrelevante Banken: SRM-VO	221
1. Einführung in die Funktionsweise und Verhältnis zum SAG.	221
2. Abwicklungsverfahren nach SRM-VO	222
a) Tatbestandsvoraussetzungen der Abwicklungsplanung und der Abwicklung	222
b) Zuständigkeitsverteilung im Verlauf des Abwicklungsverfahrens	222
3. Bewertung im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte.	223

	Seite
V. Verbleibender Anwendungsbereich des allgemeinen (Banken-) Insolvenzrechts und des Restrukturierungsgesetzes	224
VI. Gesamtbewertung und Ausblick	225
Kapitel 10 Nachhaltigkeitsanforderungen im Rahmen der Beteiligung von Private Equity Investoren an Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten	
I. Einleitung	229
II. Das Kriterium der Nachhaltigkeit im Inhaberkontrollverfahren	231
1. Solide und umsichtige Führung des Instituts	232
a) Typische Merkmale einer Private Equity Investition	232
b) Anforderungen im Inhaberkontrollverfahren	233
2. Sicherstellung der angemessenen Eigenmittelausstattung	236
3. Durch den Erwerber vorzulegender Geschäftsplan für das Institut	238
4. Weitere Herausforderungen im Inhaberkontrollverfahren bei Erwerb durch einen Private Equity Investor	239
a) Transparenz der Beteiligung	239
b) Finanzlage und Bonität	239
III. Das Kriterium der Nachhaltigkeit im Erwerbskontrollverfahren des Einlagensicherungsfonds	240
1. Ausschluss- und Versagungsgründe	241
2. Weitere Herausforderungen im Erwerbskontrollverfahren des ESF bei Erwerb durch einen Private Equity Investor	243
IV. Weitere Problemfelder	245
1. Refinanzierung	245
2. Weiterführung wesentlicher Funktionen	247
3. Eigenmittelanforderungen für das Kreditrisiko	247
V. Zusammenfassung	248

Teil 4

Die soziale und ökologische Komponente von Nachhaltigkeit im Bankensektor

Kapitel 11 Soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen des Finanzsektors unter besonderer Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	
I. Einleitung	252
II. Förderung sozialer und/oder ökologischer Belange als Geschäftsmodell von Akteuren des Finanzsektors	254
1. Ethische Banken	254
2. Förder- und Entwicklungsbanken	255
3. Institutionelle Investoren (am Beispiel des Norwegischen Staatsfonds)	257
4. „Grüne Finanzprodukte“	258
III. Transparenzanforderungen als Beispiel rechtlich verbindlicher Vorgaben im Hinblick auf die soziale und ökologische Verantwortung	259
1. Länderspezifische Berichterstattung gem. CRD IV	260
2. Berichterstattung nach CSR-Reporting-Richtlinie	260
a) Umfang der Berichtspflicht	261
b) Adressaten	261
c) Anforderungen der Berichtspflicht	261
d) Bewertung	262
IV. Markterwartungen und Soft Law	263
1. Markterwartungen	263
2. Branchenspezifische Initiativen und Selbstverpflichtungen	264
a) Äquator-Prinzipien	265
b) Prinzipien für verantwortungsvolles Investieren	266
c) Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP FI)	267
d) UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	268
e) Empfehlungen der GRI speziell für den Finanzsektor	269
f) UN-Leitprinzipien für Auslandsschulden und Menschenrechte	271
V. Zusammenfassung und Ausblick	272

Kapitel 12 Nachhaltige Mikrofinanz-Projekte, dargestellt an Programmen in Bhutan, Ruanda/Burundi und Mexiko	
I. Das Entwicklungshilfemodell von Muhammad Yunus	273
1. Microinsurance als Instrument sozialer Sicherung	277
2. Finanzielle Selbsthilfe als Baustein nachhaltiger Finanzstrukturen	279
II. Sparkassen und Genossenschaften als frühe MF-Institutionen . .	280
III. Drei nachhaltige Mikrofinanzprojekte in Bhutan, Ruanda/Burundi und Mexiko	281
1. Bhutan: Aufbau einer nachhaltigen MFI.	281
2. Aufbau von Trainingsstrukturen in Ruanda (und Burundi).	283
3. Mexiko – Aufbau von Verbänden und Schaffung von Verbänden zur Stärkung ländlicher Finanzinstitutionen	286
IV. Schlussfolgerung	288
Kapitel 13 Produktmanagement und Kunden von Nachhaltigkeitsbanken	
I. Einleitung	289
II. Nachhaltigkeitsbanken	295
1. Konsequenzen der Finanzkrise und Entwicklung im Finanzsektor	295
2. Reaktionen der Banken	296
3. Das Geschäftsmodell von Nachhaltigkeitsbanken	298
a) Nachhaltigkeitsbanken weltweit	302
b) Nachhaltigkeitsbanken in Deutschland	304
III. Kunden von Nachhaltigkeitsbanken	307
1. Kultur- und Wertewandel in der Gesellschaft	307
2. Kundenstruktur und Potenziale	310
IV. Produkte und Dienstleistungen von Nachhaltigkeitsbanken. . .	312
1. Nachhaltige Finanzierungen mit Mehrwert.	314
a) Projektfinanzierung mit Mehrwert für Mensch und Gesellschaft	314
b) Private Hypothekenkredite mit Mehrwert für die Umwelt. . .	315
2. Socially Responsible Investments ohne Verzicht auf Rendite. . .	315
a) Socially Responsible Investmentfonds	315
aa) Investmentansatz	316

	Seite
bb) Performance	318
b) Direktinvestment in das Geschäftsmodell Nachhaltigkeitsbank	319
V. Fazit und Ausblick	320
 Kapitel 14 Reputation im Unternehmensrecht	
I. Einleitung	325
II. Begriff und Bedeutung der Reputation.	327
1. Begriff der Reputation	327
2. Reputation als Information über die Vertrauenswürdigkeit	328
3. Ökonomische Bedeutung und Auswirkungen der Reputation	329
a) Reputation als Vermögensgegenstand.	329
b) Reputation als Instrument im Wettbewerb	330
c) Reputation als Disziplinierungsmittel	331
4. Reputation und Corporate Social Responsibility	331
III. Reputation im Gesellschafts- und Finanzrecht.	333
1. Berücksichtigung der Reputation im Gesellschaftsrecht.	334
a) Gesellschaftswohl als allgemeiner Anknüpfungspunkt.	334
b) Bedeutung im Rahmen der Business Judgement Rule	335
aa) Handeln zum Wohl der Gesellschaft.	336
bb) Weitere Anforderungen	337
c) Reputation in der Rechtsprechung des BGH zum Gesellschaftsrecht	338
aa) Absehen von der Anspruchsverfolgung gegenüber Organmitgliedern	338
bb) Zahlungen zur Vermeidung von Ermittlungs- und Gerichtsverfahren.	339
2. Berücksichtigung der Reputation im Finanzrecht	341
a) Absehen von der ad hoc-Pflicht	341
b) Nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie.	342
c) Vermeidung von Geschäftspartnern mit zweifelhaftem Ruf	342
IV. Schutz der Reputation.	343
1. Interne Maßnahmen: Reputationsmanagement.	343
2. Externe Maßnahmen: Unterlassung und Schadensersatz	344
V. Schlussbetrachtung	346